Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

112. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatlich M. 2.50, vierteljährlich M. 6.00; für Abholer monatlich M. 1.75; durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 2.25, vierteljährlich M. 6.50; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 2.25, vierteljährlich M. 6.75; Morgen-Ausgabe M. 1.50, Abend-Ausgabe M. 0.90, Sonntags-Ausgabe M. 0.50 monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr).

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Kolonelzeile 40 Pf., a. ausw. 50 Pf.; Anzeigen z. Behörden im amtl. Teil die Kolonelzeile 80 Pf., a. ausw. 90 Pf.; kleine Anzeigen die Kolonelzeile 30 Pf., auswärts 35 Pf.; Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend exklusive Postgebühr. Einzelnummer 10 Pf. — Sonn- und Festtags 15 Pf. Fernsprech-Sammelnummer 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7206. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse No. 8. Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 350 — Freitag, den 12. Juli — 1918

Die Richtlinien der deutschen Politik

Die Erklärungen des Reichskanzlers

Die Rede des Reichskanzlers, die wir bereits kurz in der gestrigen Abendausgabe veröffentlichten, hat folgenden Wortlaut:

„Ueber die Vorkommnisse der letzten Tage sind die Herren ja bereits durch die Mitteilungen des Vizekanzlers von Payer unterrichtet. Ich habe mir aber gesagt, daß möglicherweise die Herren den Wunsch hegen, daß ich hier erscheine und meine Stellung zu diesen Vorkommnissen offen darlege.

Der Wechsel im Staatssekretariat des Auswärtigen bedeutet keinen Wechsel des politischen Kurses.

Die Politik des Deutschen Reiches führt verantwortlich allein der Reichskanzler. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat die auswärtige Politik im Auftrage, im Einvernehmen und unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu führen. Das ist von Anfang an ein Grundsatz des Deutschen Reiches. Dieser Grundsatz steht auch heute fest. An meinem politischen Standpunkt, wie ich ihn in meiner Rede am 29. November 1917 in der Vollsitzung des Reichstages festgelegt habe, halte ich sowohl hinsichtlich der inneren als auch hinsichtlich der äußeren Politik vollkommen fest. Darin wird sich, solange ich an dieser Stelle stehe, nichts ändern. **Hinsichtlich der inneren Politik habe ich die früher gegebenen Zusagen, soweit es an meinem Willen lag, vollkommen eingelöst, und ich werde dafür eintreten, daß auch die weitere Ausführung der von mir gegebenen Zusagen erfolgt und etwaige Hindernisse mit Energie überwunden werden. Darauf können die Herren sich verlassen.**

Was die auswärtige Politik betrifft,

so habe ich meinen Standpunkt damals, am 29. November, deutlich markiert. Ich habe den Herren gesagt, ich stehe auf dem Standpunkt der **kaiserlichen Antwort auf die Friedensnote des Papstes** vom 1. August vorigen Jahres. Die friedensbereite Gesinnung, die diese Antwort beseelt, beseelt auch mich. Aber ich habe hinzugefügt, daß die friedensbereite Gesinnung dem Feinde **keinen Freibrief** geben darf für die unabsehbare Fortsetzung des Krieges. Was haben wir nun aber erlebt? Wenn an unserer Bereitschaft, für einen ehrenvollen Frieden die Hand zu reichen, nicht gezweifelt werden kann, **haben wir bis in die letzten Tage hinein** die aufreizenden Reden der feindlichen Staatsmänner gehört. Präsident **Wilson will den Krieg bis zur Vernichtung,** und **was** Herr Balfour gesagt, muß jedem Deutschen die Zornesröte in das Gesicht treiben. Wir haben doch ein Gefühl für die Ehre unseres Vaterlandes. Wir können uns nicht unausgesetzt öffentlich auf diese Weise beschimpfen lassen. Hinter diesen Beschimpfungen steht der Vernichtungswille unserer Feinde. Solange dieser Vernichtungswille besteht, müssen wir mit unserem treuen Volk ausharren. Ich bin überzeugt, ich weiß es, daß in den weitesten Kreisen unseres Volkes der feste Wille besteht: Solange der Vernichtungswille unserer Feinde besteht, müssen wir durchhalten. Und wir werden durchhalten im Vertrauen auf unsere Truppen, im Vertrauen auf unsere Heerführung und im Vertrauen auf unser herrliches Volk, das diese schwere Zeit mit ihren großen Entbehrungen und fortgesetzten Opfern so wunderbar erträgt. Also an der Richtung der Politik wird nichts geändert. Aber auch dort muß ich sofort sagen: Wenn sich nun trotz dieser feindseligen Aeußerungen der feindlichen Staatsmänner irgendwie Regungen für eine Anbahnung eines Friedens oder auch nur der erste Schritt zu dieser Anbahnung zeigen würde, dann würden wir ganz gewiß **nicht von vornherein uns ablehnend** verhalten, sondern wir würden auf diese ernstgemeinten — ich sage ausdrücklich ernstgemeinten — Anregungen sofort mit allem Ernst eingehen. Natürlich genügt es nicht, daß dieser oder jener Agent kommt und sagt: Ich kann da und dort Friedensbesprechungen herbeiführen. Sondern es kommt darauf an, daß berufene Vertreter der feindlichen Mächte uns, ausdrücklich bevollmächtigt von ihren Regierungen, zu verstehen geben, daß Besprechungen möglich seien, Besprechungen zunächst natürlich im kleinen Kreise; aber die Stimmen, die bisher gesprochen haben, haben von derartigen Möglichkeiten nicht geredet. Wenn solche Möglichkeiten sich zeigen,

wenn eine ernste Friedensneigung auf der anderen Seite hervortritt, dann werden wir sofort darauf eingehen,

d. h. wir werden sie nicht zurückstoßen. Wir werden zunächst im kleinen Kreise sprechen. Ich kann Ihnen auch sagen, daß dieser Standpunkt nicht etwa nur mein Standpunkt ist, sondern dieser Standpunkt auch von der Obersten Heeresleitung ausdrücklich geteilt wird. Denn auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht des Krieges willen, sondern sie hat mir gesagt: Sobald ein ernster Friedenswille sich auf der anderen Seite bemerkbar macht, müssen wir darauf eingehen. Es wird die Herren interessieren, wie sich von diesem Standpunkt aus gewisse Probleme darstellen, die sich gegenwärtig uns aufdrängen. Es haben in diesen Fragen am 1. und 2. Juli im Großen Hauptquartier unter dem Vorsitz S. M. des Kaisers Besprechungen stattgefunden. Ich kann natürlich nur ganz allgemein die Richtlinien nennen, die damals festgestellt waren. Zunächst

bezüglich des Ostens:

Wir **stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk** und wollen diesen Frieden in loyaler Weise ausgeführt sehen. Das ist der Wille der deutschen Reichsregierung, und darin sind wir unterstützt von der Obersten Heeresleitung. Aber die Schwierigkeiten der Ausführung des Friedens von Brest-Litowsk liegen nicht auf unserer Seite, sondern diese Schwierigkeiten liegen darin, daß, wie Sie wissen, die Verhältnisse in Rußland noch außerordentlich unklar sind. Wir sind geneigt, an die Loyalität der gegenwärtigen russischen Regierung uns gegenüber zu glauben. Wir sind insbesondere geneigt, an die Loyalität des Vertreters der russischen Regierung hier in Berlin zu glauben. Aber wir werden nicht so unbedingt annehmen dürfen und können, daß die gegenwärtige russische Regierung auch die Macht hat, die uns gegebenen loyalen Zusagen überall durchzuführen. Wir wollen durchaus der jetzigen russischen Regierung keine Schwierigkeiten machen. Wir stellen uns auf den loyalen Boden des Friedens von Brest-Litowsk und tun, was wir können, um diesen Frieden durchzuführen. Aber wie die Zustände sind, gibt es unaufhörliche Verwicklungen, unaufhörliche Reibungen in den Grenzgebieten, unaufhörliche Uebergriffe dieser oder jener kleinen Heeresgruppe. Aber ich wiederhole, unser Grundsatz ist: **Wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk, und wir werden den Frieden loyal durchführen.** Wir wollen mit der gegenwärtigen russischen Regierung loyal verhandeln. Wir alle stehen noch unter dem Eindruck des furchtbaren Verbrechens in Moskau, des Attentats, das an unserem Gesandten dort verübt worden ist. Eine völkerrechtswidrige Tat, wie sie ärger nicht zum Himmel schreien kann. Alle Spuren deuten darauf hin, daß

die fluchwürdige Tat auf Anregung der Entente geschehen

ist, um uns mit der jetzigen russischen Regierung neuerdings in einen Krieg zu verwickeln. Einen Zustand, den wir auf das aufrichtigste vermeiden wollen. Wir wollen keinen neuen Krieg mit Rußland. Die jetzige russische Regierung will den Frieden und braucht den Frieden, und in dieser friedensgeneigten Absicht unterstützen wir sie. Auf der anderen Seite ist ja auch wahr, daß sehr verschiedenartige politische Strömungen durch das russische Reich hindurchgehen, Bestrebungen der verschiedensten Art: monarchistische Bestrebungen, Bestrebungen der Kadettenpartei, Bestrebungen der sogenannten Rechtssozialrevolutionären usw. Ich sage: wir stehen so, daß wir loyal mit der jetzigen russischen Regierung verhandeln, daß wir nichts unternehmen, was die russische Regierung in ihrer Stellung schädigen könnte; daß wir aber unsere Ohren und Augen offen halten, um uns nicht durch eine plötzliche Umwandlung der dortigen Verhältnisse ins Unrecht setzen zu lassen. Ich kann nur an das Wort erinnern, das einmal Gortschakow gesprochen hat: Wir sind stumm, aber wir sind nicht taub, wir lassen uns mit gar keinen politischen Gegenströmungen ein, aber wir horchen aufmerksam nach allen Richtungen in Rußland. Das ist der Standpunkt, den ich einnehme, das ist der Standpunkt, über den auch bei den Besprechungen am 2. Juli im Großen Hauptquartier vollste Klarheit und Einverständnis zwischen allen Beteiligten erzielt worden ist. Ich kann sagen, daß der Staatssekretär von Kühlmann, der selbst bei diesen Besprechungen nicht anwesend war — das Auswärtige Amt war aber vertreten durch den Ihnen wohlbekannten Herrn von Rosenberg, der ja der Geführte und die sachverständige Stütze Herrn von Kühlmanns in Brest-Litowsk und in Bukarest gewesen ist —, mit diesem Standpunkt vollkommen einverstanden gewesen, und daß die Oberste Heeresleitung ebenfalls diesem Standpunkt beigetreten ist. Ueber Einzelheiten kann in Einzelfällen da und dort eine Meinungsverschiedenheit auftreten, aber die Grundlinie ist die, die ich Ihnen eben gezeichnet habe. Sodann sprach der Reichskanzler von den Gründen, die zum

Rücktritt des Staatssekretärs von Kühlmann

geführt haben. Er wies darauf hin, daß es keine sachlichen, sondern persönliche Gründe wären, die den Staatssekretär von Kühlmann veranlaßt haben, um Enthebung von seinem Amte zu bitten. Der Reichskanzler sprach in warmen Worten von den Eigenschaften des Staatssekretärs, dessen politische Erfahrung, treffendes Urteil, unermüdliche Ausdauer und dessen Geschicklichkeit und Gewandtheit im Verhandeln er voll anerkannte. Er habe sich von ihm trennen müssen, da das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen ihm und anderen Faktoren nicht bestanden habe, ein Vertrauensverhältnis, das für eine Führung der Geschäfte nicht entbehrt werden könne. Dann fuhr er fort: „Der Name des in Aussicht genommenen Nachfolgers des Herrn von Kühlmann ist Ihnen bekannt. Herr von Hintze ist ein sehr genauer Kenner russischer Verhältnisse. Er ist vor dem Kriege bei der Botschaft in Petersburg beschäftigt gewesen und hat in dieser Eigenschaft große Reisen durch Rußland gemacht. Er ist mit den Verhältnissen und Personen in Rußland sehr eingehend vertraut, was für die jetzige Lage von großer Wichtigkeit ist. Aber es versteht sich von selbst, daß ich meine Kontrasignierung oder Unterschrift für die Ernennung des Herrn von Hintze nur dann gebe, wenn Herr von Hintze meine Politik macht und nicht seine eigene. Dafür habe ich aber bereits in den

Zusagen des Herrn von Hintze

— die Ernennung ist noch nicht erfolgt — meinerseits die beste Bürgschaft. Ich mache die Politik, der verantwortliche Reichskanzler macht die Politik. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat lediglich meine Politik zu führen. Davon ist der in Aussicht genommene, aber noch nicht ernannte Staatssekretär durchdrungen. Ich glaube also, daß ein Grund zur Beunruhigung nicht vorhanden ist. Der Kurs, mit dem sich die große Mehrheit des Reichstages im November v. J. einverstanden erklärt hat, wird weitergeführt."

(Aussprache siehe Seite 3.)

Graf Hertling

E. E. Die Parteien des Reichstages, von denen sich keine mit besonderem Eifer für den verabschiedeten Staatssekretär des Auswärtigen persönlich einzusetzen gedachte, waren doch von den Vorgängen der letzten Tage ziemlich überrascht worden. Zwar haben sie kein verbrieftes Recht darauf, vor der Entlassung eines Staatssekretärs gehört zu werden, wie es bei den letzten beiden Kanzlerwechseln geschehen ist, aber sie hatten einen so schnellen Wechsel um so weniger vermuten können, als ihnen Herr von Payer, offenbar im Einvernehmen mit dem Kanzler, soeben noch aufs bestimmteste versichert hatte, daß an einen Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes im Augenblicke nicht zu denken sei. Auch außerhalb der Mehrheitsparteien meinte man, daß Herr von Kühlmann jedenfalls noch verschiedene laufende Arbeiten erledigen würde, und mindestens glaubte niemand, daß sein Abschied unmittelbar vor der Bewilligung der neuen Kriegskredite in die Arena hereinplatzen würde. Man konnte freilich wohl sagen, daß Kühlmann seine beanstandete vorletzte Rede nicht ganz im Sinne des Kanzlers gehalten habe; aber der Kanzler hatte ja seine Korrektur vorgenommen und ließ, wie man annehmen durfte, die „Germania" erklären, daß der Zwischenfall keine weiteren Folgen haben würde. Im Großen Hauptquartier hat sich jedoch das Blatt dann schnell gewendet. Die Entlassung des Staatssekretärs kam zur denkbar ungelegensten Zeit, und Graf Hertling ließ nun wiederum dem In- und Auslande erklären, durch die „Nordd. Allgemeine Zeitung" und allerlei andere Kanäle, daß von einem Wechsel in der Politik, die Kühlmann in seinem Auftrage und unter seiner Verantwortung geführt habe, keine Rede sein könne. Wenn man das glaubte, war es schwer, sich zu überzeugen, daß der bisherige Träger dieser Politik verschwinden mußte; und umgekehrt, wenn man sich überzeugen ließ, daß diese Trennung unvermeidlich war, so war es nicht ganz leicht zu glauben, daß wirklich nichts am Kurse geändert werden sollte. Man hätte denn annehmen müssen, die eine Rede habe im Hauptquartier — nicht in erster Linie dem Kaiser, wie man hörte — so mißfallen, daß dies hinreichend erachtet wurde, um einen Wechsel in der tatsächlichen Leitung unserer auswärtigen Politik zu begründen. Alle diese Fragen, die sich leicht vermehren lassen, machten das Verlangen des Reichstags begreiflich, von dem Kanzler Aufklärung über diesen Ministerwechsel und über seine eigene Stellung zu den konkreten politischen Problemen der Gegenwart und Zukunft zu bekommen. Dieser Wunsch ist formal nicht enttäuscht worden, Graf Hertling hat sich über beide Fragen verbreitet.

Wenn er den Entschluß zum Rücktritt ausschließlich Herrn von Kühlmann selber zugesprochen hat, so darf man, da hieran nicht zu deuteln sein wird, bekennen, daß dies immerhin die glimpflichste Auskunft war, die man in dieser Lage erwarten konnte. Da der Staatssekretär nun einmal weg ist, ist es wenigstens in mancher Hinsicht befreiend, daß festgestellt ist, er sei lediglich aus eigenem Antriebe gegangen. Dies braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Freilich kann man dem Staatssekretär nicht zutrauen, daß er etwa aus Gekränktheit ob der Mißbilligung einer Rede das Amt im Stiche gelassen hätte, und so bleibt bestehen, daß starke, sachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und der Obersten Heeresleitung vorhanden gewesen sind, die sich nicht nur auf jene Rede oder wenigstens nicht nur auf eine von dem Staatssekretär nicht anerkannte Auslegung seiner Worte bezogen. Der Kanzler hat ja auch offen ausgesprochen, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Herrn von Kühlmann und der Obersten Heeresleitung gefehlt habe — eine dankenswerte deutliche Erklärung. Es war danach aber nur eine Redewendung, wenn er glaubte, die Formel anwenden zu können, es seien lediglich persönliche und nicht sachliche Gründe für den Wechsel maßgebend gewesen. Das war eigentlich etwas unter dem Niveau des Grafen Hertling. Man kann doch nicht gut annehmen, daß die Herren sich nicht persönlich vertragen konnten. Daß Hertling selber die Politik des Staatssekretärs nicht gebilligt habe, hat er nach dem öffentlichen Berichte mit keinem Worte gesagt. Da bleiben also Widersprüche: Der bisherige ausführende Träger der Politik Hertling—Kühlmann hat nicht das Vertrauen der Obersten Heeresleitung gehabt, und doch soll diese Politik fortgeführt werden. Insofern bleibt alles einigermaßen unklar.

Auch was der Kanzler sonst sagte, brachte wenig Aufklärung. Wem die Lage vorher unter dem Regime Hertling nicht besonders klar vorgekommen ist, dem wird sie jetzt auch nicht klarer erscheinen. Was man zu hören bekommt, ist alles entweder in den letzten Tagen schon hinlänglich oft versichert worden, oder es war von früheren Anlässen her bekannt. Es ist eine Rede, gegen die sich nichts sagen läßt, für die sich aber auch nicht viel anführen läßt. Man kann allenfalls — aber nur dann, wenn man diese Richtlinien der Politik des Kanzlers für unverbrüchlich maßgebend ansieht — beruhigt sein, daß danach in der Tat kein Wechsel in der politischen Richtung vom Kanzler beabsichtigt sei; man kann aber nicht behaupten, daß irgendein befreiendes oder durchschlagendes Wort bei dieser Gelegenheit gefallen sei. Wenn man froh ist, daß keine neue Wendung angekündigt wird, so kann man doch nicht gleichermaßen froh sein über das bisherige Programm des Grafen Hertling, weil es nach wie vor recht allgemein gehalten ist und wenigstens in der äußeren Politik mit dem beliebten Einerseits-Anderseits ausgiebig arbeitet. Es ist merkwürdig: wenn man ihn so hört, so scheint es leidlich, das eine oder andere auch befriedigend — so die Stellen, an denen Graf Hertling von der Antwort auf die Friedensnote des Papstes oder von unserer jetzigen Stellung gegenüber etwaigen ernsthaften Friedensfühlern der Feinde sprach —, aber obwohl man das alles schon länger kennt, hat man doch bisher keine recht greifbare und befriedigende Vorstellung von der äußeren Politik dieses Kanzlers bekommen! Das Bild ist und bleibt blaß. Dieser geborene Diplo-

Das finnische Freiheitskreuz für Hindenburg und Ludendorff

Berlin, 11. Juli. (Drahtbericht.) Dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und dem ersten Generalquartiermeister von Ludendorff ist durch den Reichsverweser Finnlands, Svinhufvud, das Großkreuz des finnischen Freiheitskreuzes verliehen worden. In seinem an den finnischen Gesandten in Berlin gerichteten Dankestelegramm schreibt der Generalfeldmarschall: Die wiedererlangte Freiheit und Selbständigkeit, die Freundschaft mit dem Deutschen Reiche werden Finnland zu hoher Blüte führen und ihm zum Segen gereichen.

Der Hetman der Ukraine an den Kaiser

Beileid zur Ermordung Mirbachs

Moskau, 11. Juli. (Drahtbericht.) Der Hetman der Ukraine, Skuropatki, hat aus Anlaß der Ermordung des Grafen Mirbach an den Kaiser folgendes Telegramm gerichtet: Eure kaiserliche und königliche Majestät wolle mir allergnädigst gestatten, daß ich gleichzeitig im Namen des ukrainischen Volkes meinem tiefsten Schmerz Ausdruck gebe über den feigen Mord, dem der Botschafter Eurer Majestät zum Opfer fiel. Durch die mächtige Hilfe des Deutschen Reiches zum staatlichen Leben wiedererstanden, trauert das ukrainische Volk um den Verlust des Mannes, der immer sich als Freund der Ukraine bewährte.

Seine Majestät der Kaiser hat darauf folgendes geantwortet: Eure Exzellenz bitte ich, den Ausdruck meines besten Dankes für die Teilnahme entgegenzunehmen, die Sie mir zugleich im Namen des ukrainischen Volkes aus Anlaß des fluchwürdigen Verbrechens an meinem Gesandten in Moskau ausgesprochen haben.

Oesterr.-ungar. Heeresbericht

Wien, 11. Juli. Amtlich wird gemeldet:

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz keine nennenswerten Ereignisse.

In Albanien haben sich unsere Truppen in der neuen Widerstandslinie eingerichtet. Eine im Devoli-Tale vortühlende französische Kompanie wurde abgewiesen.

wtb. Berlin, 11. Juli abends. (Amtlich.)

Von den Kampffronten nichts Neues.